

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 26.08.2015, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung der "Alten Landstraße" in Immendorf
Vorlage: 341/2015
3. Einrichtung und Besetzung von zwei neuen Stellen für den Bereich Asyl und den Stadtbetrieb
Vorlage: 342/2015
4. Verabschiedung einer Transparenzsatzung für die Stadt Geilenkirchen - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: 343/2015
5. Resolution des Rates zum Atomkraftwerk Tihange (Belgien) - Antrag der Fraktionen von SPD und Bürgerliste
Vorlage: 344/2015
6. Information der Verwaltung über die aktuelle Entwicklung der Haushaltslage (2. Quartal 2015)
Vorlage: 828/2015
7. Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8. Grundstücksangelegenheiten
 - 8.1. Verkauf von städtischen Grundstücken im Bereich des Gebietes Geilenkirchen Gillrath, Blasiusstraße
Vorlage: 325/2015
 - 8.2. Verkauf einer Teilfläche aus dem städtischen Grundstück - Scheidehecke
Vorlage: 337/2015

- 9 .** Aufstellung über Auftragsvergaben nach § 11 Abs. 4 Buchstabe j) i.V.m. § 11 Abs. 5 der Zuständigkeitsordnung
Vorlage: 346/2015

- 10 .** Information über die Budgetentwicklung Hallenbadneubau
Vorlage: 347/2015

- 11 .** Auftragsvergaben

- 11.1 .** Vergabe der Rohbauarbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau des städtischen Hallenbades
Vorlage: 322/2015

- 11.2 .** Vergabe der Stahlbauarbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau des städtischen Hallenbades
Vorlage: 326/2015

- 11.3 .** Vergabe der Heizungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau des städtischen Hallenbades
Vorlage: 329/2015

- 11.4 .** Vergabe der Lüftungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau des städtischen Hallenbades
Vorlage: 330/2015

- 11.5 .** Vergabe der Sanitärarbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau des städtischen Hallenbades
Vorlage: 331/2015

- 11.6 .** Vergabe der Badewassertechnik im Zusammenhang mit dem Neubau des städtischen Hallenbades
Vorlage: 332/2015

- 11.7 .** Vergabe des Hubbodens im Zusammenhang mit dem Neubau des städtischen Hallenbades
Vorlage: 333/2015

- 11.8 .** Vergabe der Dachabdichtungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau des städtischen Hallenbades
Vorlage: 334/2015

- 11.9 .** Vergabe eines Dienstleistungsauftrages für die Entsorgungslogistik im Rahmen des Neubaus des Hallenbades
Vorlage: 321/2015

- 12 .** Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der Umsatzsteuer-Sonderprüfung der Betriebe gewerblicher Art der Stadt Geilenkirchen und daraus resultie-

rende steuerrechtliche Auswirkungen auf den Neubau und den Betrieb des
neuen Hallenbades
Vorlage: 340/2015

13 . Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Herr Nikolaus Bales
3. Herr Marko Banzet
4. Herr Hans-Jürgen Benden
5. Herr Dr. Stefan Evertz
6. Herr Helmut Gerads
7. Herr Christoph Grundmann ab TOP 8.2 Vertretung für Herrn Stefan
Mesaros
8. Frau Theresia Hensen Vertretung für Herrn Wilhelm
Josef Wolff
9. Herr Horst-Eberhard Hoffmann
10. Frau Gabriele Kals-Deußen
11. Herr Michael Kappes
12. Herr Wilfried Kleinen Vertretung für Herrn Uwe Neu-
deck
13. Herr Heinz Kohnen
14. Herr Christian Kravanja
15. Herr Leonhard Kuhn
16. Herr Manfred Mingers
17. Herr Willi Münchs
18. Herr Lars Speuser Vertretung für Herrn Hans-Josef
Paulus
19. Herr Harald Volles
20. Herr Max Weiler

von der Verwaltung

21. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
22. Herr Technischer Beigeordneter Markus Mönter
23. Herr Andreas Eickhoff
24. Herr Daniel Goertz
25. Herr Peter Klee

Protokollführerin

26. Frau Sandra Schuhmachers

Es fehlten

27. Herr Stefan Mesaros
28. Herr Uwe Neudeck
29. Herr Hans-Josef Paulus
30. Herr Wilhelm Josef Wolff

I. Öffentlicher Teil

Bürgermeister Fiedler eröffnete die 9. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 18 Uhr. Er begrüßte alle Anwesenden und teilte mit, dass die Einladungen form- und fristgerecht zugestellt worden seien. Zur Niederschrift der letzten Sitzung habe es keine Beanstandungen gegeben.

Herr Stadtverordneter Mesaros werde in dieser Sitzung von Herrn Stadtverordneten Grundmann vertreten, der später hinzukommen werde. Herr Stadtverordneter Neudeck werde von Herrn Stadtverordneten Kleinen vertreten. Die Vertretung für Herrn Stadtverordneten Paulus übernehme Herr Stadtverordneter Speuser und als Vertreterin für Herrn Stadtverordneten Wolff nehme Frau Stadtverordnete Hensen an dieser Sitzung teil.

Bürgermeister Fiedler dankte den Stadtverordneten für die Zustimmung zur Verlegung der Sitzung, die ursprünglich für den 19.08.2015 terminiert gewesen sei. Durch die Verlegung könne eine zügige Durchführung der Vergabeverfahren für Arbeiten, die das Hallenbad betreffen, ermöglicht werden.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Fiedler teilte folgendes mit:

„1. Die Kreissparkasse Heinsberg ermöglicht in Kürze den Besuchern der Innenstadt die kostenlose Nutzung von WLAN für 1 Stunde/Nutzer/Tag. Grundlage ist ein Vertrag, den die KSK mit der Deutschen Telekom abschließt. Standort der Sendeantenne ist in unmittelbarer Nähe des Rathauses. Mit dieser Entscheidung der KSK ist die erste Hürde für ein die Innenstadt abdeckendes freies WLAN genommen.

2. Die NEW AG ist an mich herangetreten und hat die Teilnahme an einem groß angelegten Projekt zur Entwicklung eines Konzepts zur e-Mobilität im Kreis Heinsberg angeregt. Das Projekt soll mit Bundesmitteln gefördert werden. Ich werde eine Interessensbekundung für das Bundesverkehrsministerium unterzeichnen. Bei einer Förderzusage und vor dem Abschluss rechtsverbindlicher Verträge wird die Projektteilnahme diesem Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden.“

Zudem berichtete Bürgermeister Fiedler, dass die Sitzung des Wahlausschusses vom 15.09.2015 auf den 14.09.2015 verlegt werde, um im Fall einer Stichwahl mehr Zeit zur Vorbereitung dieser zu haben.

**TOP 2 Festsetzung und Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung der "Alten Landstraße" in Immendorf
Vorlage: 341/2015**

Beschlussvorschlag:

Zum Ersatz des Aufwandes für die Erneuerung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung der „Alten Landstraße“ in Immendorf werden gemäß § 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG NW) in Verbindung mit der Satzung der Stadt über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NW für straßenbauliche Maßnahmen Beiträge erhoben. Der Anteil der Beitragspflichtigen richtet sich nach § 3 Abs. 3 Nr. 1 der Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 3 Einrichtung und Besetzung von zwei neuen Stellen für den Bereich Asyl und den Stadtbetrieb
Vorlage: 342/2015**

Bürgermeister Fiedler machte darauf aufmerksam, dass die in der Vorlage genannten Prognosen zur Entwicklung der Flüchtlingsanzahl bereits veraltet seien. Aktuell befänden sich 220 Flüchtlinge in der Stadt Geilenkirchen. Bis zum Jahresende werde die Zahl letzten Prognosen zufolge auf etwa 400 Flüchtlinge steigen. Die Verwaltung sei täglich mit der Unterbringung neuer Flüchtlinge beschäftigt und befasse sich ebenfalls täglich mit der Suche nach weiteren Unterkünften zur Unterbringung. Die Fraktionen hätten die Einstellung einer Sozialpädagogin bzw. eines Sozialpädagogen gefordert. Bewerbungen liegen der Verwaltung bereits vor. Zudem werde eine weitere Kraft im Stadtbetrieb benötigt.

Herr Stadtverordneter Volles erkundigte sich, ob die Aufgabe im Stadtbetrieb nicht besser durch einen externen Dienstleister erfüllt werden könne.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter berichtete, dass die Auftragsvergabe an einen externen Dienstleister zunächst von der Verwaltung in Betracht gezogen worden sei. Nachdem ein Angebot eingeholt worden sei, sei die Verwaltung jedoch zu dem

Ergebnis gelangt, dass es wirtschaftlicher und besser sei, Container von einem externen Dienstleister aufstellen zu lassen und für die Unterweisung und Überwachung der Baustelle einen städtischen Mitarbeiter einzustellen. Die Entsorgungsaufgaben müssten zentral geregelt werden. Daher spreche sich die Verwaltung für die Einstellung einer neuen Kraft aus.

Herr Stadtverordneter Kleinen legte dar, dass die CDU-Fraktion insbesondere der Einstellung eines Sozialpädagogen oder einer Sozialpädagogin zustimmen werde. Die Verwaltung solle die Politik künftig weiterhin frühzeitig informieren, falls Handlungsbedarf bestehe. Er vermutete, dass die Einstellung einer zusätzlichen Kraft für Flüchtlingsbetreuung angesichts der derzeitigen Prognosen nicht ausreiche.

Herr Stadtverordneter Benden lobte die zielführende fraktionsübergreifende Sitzung, die zur Flüchtlingssituation durchgeführt worden sei. Die Einstellung einer zusätzlichen Kraft zur Flüchtlingsbetreuung sei sachorientiert und notwendig und entlaste Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere den für die Flüchtlingsunterkünfte zuständigen Hausmeister sowie die zuständige Verwaltungsfachkraft, die hervorragende Arbeit leiste und Unterstützung benötige. Bei Bedarf solle auch in Zukunft wieder ein fraktionsübergreifendes Treffen zur Flüchtlingssituation stattfinden.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Fachkraft für die Flüchtlingsbetreuung und einen Beschäftigten für die Entsorgungslogistik im Rahmen des Hallenbadneubaus befristet einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4 Verabschiedung einer Transparenzsatzung für die Stadt Geilenkirchen - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vorlage: 343/2015

Herr Stadtverordneter Benden schilderte, dass die Satzung erst vor kurzer Zeit durch eine Initiative ausgearbeitet worden sei. Viele Kommunen in NRW würden momentan den Erlass einer solchen Satzung anstreben. Da die Satzung erst wenige Tage alt sei, sei sie bisher noch in keiner Kommune verabschiedet worden, wie auch der Städte- und Gemeindebund in seiner Stellungnahme festgestellt habe. Die Stadt Geilenkirchen sollte durch den Erlass einer solchen Satzung eine Vorreiterrolle einnehmen. Zwar gebe es das Informationsfreiheitsgesetz NRW, jedoch müssten Bürger Anträge zum Erhalt bestimmter Informationen selbst stellen. Die Bearbeitung sei teilweise kostenpflichtig und die Antragstellung mühsam, weshalb Bürger häufig nicht aktiv werden und Anträge stellen würden. Der Informationsfluss müsse verbessert werden, so-

dass Entscheidungen und ihre Hintergründe aufgezeigt werden könnten. Bürgerinitiativen müssten Zugang zu Wissen haben, damit die Bürger mündiger und aktiver sein könnten. Auch die Presse solle ihre Pressefreiheit nutzen und schnell und neutral Informationen beschaffen können. Sie solle nicht erst auf städtische Pressemitteilungen warten müssen. Moderne Demokratie sei nur durch ein Miteinander von Bürgern, Politik und Verwaltung möglich. Bürger müssten ernst genommen und auch frühzeitig gehört werden. Mehr Transparenz diene außerdem der Korruptionsvorbeugung, da mitdenkende Bürger stärker darauf achten. Ziel sei es, Gutachten, Statistiken und andere Dokumente öffentlich zu machen. Bürgerbeteiligung solle auf diese Weise zum Ausdruck gebracht werden.

Frau Stadtverordnete Kals-Deußen legte dar, dass die SPD-Fraktion sich bereits in der Vergangenheit für aktive Bürgerbeteiligung ausgesprochen habe. Der Erlass und die Umsetzung einer Transparenzsatzung führe jedoch zu erheblichem personellen Aufwand. Ressourcen sollten effektiver eingesetzt werden, beispielsweise für die Flüchtlingsbetreuung. Der Antrag solle nicht abgeschmettert werden, jedoch werde die SPD-Fraktion heute nicht zustimmen. Das Bürgerinformationsportal könne bei guter Pflege zur Informationsbereitstellung genutzt werden. Eine Kommune sei nicht dafür zuständig, Bürgerinitiativen mit Informationen zu versorgen. Vielmehr sollten diese Initiativen selbst tätig werden und Informationen beschaffen.

Herr Stadtverordneter Kleinen erklärte, dass die CDU-Fraktion ähnliche Ansichten wie die SPD-Fraktion zu diesem Thema habe. Bei Erlass und Umsetzung der Satzung würden personelle und materielle Ressourcen gebunden für die Einrichtung eines neuen, derzeit noch nicht existierenden Informationssystems. Das Bürgerinformationsportal sei zwar verbesserungswürdig, könne jedoch zur Bereitstellung von Informationen genutzt werden. Die CDU-Fraktion teile die Auffassung des Städte- und Gemeindebundes, dass derzeit kein Bedarf für die Einrichtung eines neuen Systems bestehe.

Herr Stadtverordneter Kravanja führte aus, dass die Fraktion der Bürgerliste zwar grundsätzlich einen Bedarf zum Erlass einer Transparenzsatzung erkenne, jedoch ein erheblicher personeller Aufwand und hohe Kosten verursacht werden würden. Wie die Fraktion der Grünen am 25.08.2015 im UBA festgestellt habe, sei die Haushaltslage der Stadt nicht die beste. Durch das Informationsfreiheitsgesetz könnten Bürger bereits jetzt schon Daten abrufen, auch wenn sie dafür initiativ tätig werden müssten. Die Mehrheit der Anfragen werde gratis beantwortet. Wie auch die Fraktionen der CDU und der SPD finde die Fraktion der Bürgerliste Transparenz wichtig und gut, jedoch hätten andere Angelegenheiten aktuell eine höhere Priorität bei der Zuteilung von Ressourcen.

Herr Stadtverordneter Mingers merkte an, dass in der Vorlage kein Datum für die Verabschiedung einer Transparenzsatzung aufgeführt sei. Auf die Umsetzung der Satzung könne auch sukzessive hingearbeitet werden, etwa durch die schrittweise Bündelung von Informationen.

Herr Stadtverordneter Benden erklärte, dass die Fraktion der Grünen froh sei, wenn eine Transparenzsatzung irgendwann kommen würde. Daher sei in der Vorlage kein

Datum festgelegt worden. Über ein Datum könne beraten werden, wenn der Erlass einer Transparenzsatzung beschlossen worden sei.

Herr Stadtverordneter Kravanja betonte, dass die einzelnen Fraktionen grundsätzlich für den Erlass einer Transparenzsatzung seien. Allerdings sei die Entwicklung des städtischen Haushalts noch nicht klar. Im Antrag der Grünen sei kein Deckungsvorschlag enthalten, obwohl die Fraktion wissen müsse, dass bei Umsetzung der Satzung ein hoher Aufwand entstehe.

Bürgermeister Fiedler legte dar, dass bereits 90 Prozent der eingeforderten Informationen im Internet verfügbar seien. Er erkundigte sich, wie sich die Informationsaufbereitung nach Ansicht der Fraktion der Grünen ändern und das Informationssystem gestaltet werden müsse. Die Bereitstellung zu vieler Informationen könne zu Unübersichtlichkeit führen. Auf Grund der Fülle von Informationen könne es Schwierigkeiten bei der Suche mit Hilfe von Stichworten geben.

Herr Stadtverordneter Benden erläuterte, dass bisher viele Informationen im Internet verfügbar seien. Jedoch müssten die gewünschten Informationen auch von den Stadtverordneten mühsam herausgesucht werden. Informationen sollten zentral gesammelt werden und überschaubar und sachorientiert abgerufen werden können. Dies werde auch von einem Zusammenschluss mehrerer Organisationen gefordert. Bürgerinitiativen müssten Möglichkeiten bekommen, benötigte Informationen finden zu können. Zwar verursache die Umsetzung der Satzung Kosten, jedoch verspreche Herr Stadtverordneter Kravanja in seinem aktuellen Wahlprogramm zur Bürgermeisterwahl frühzeitige Bürgerbeteiligung. Auch andere Bewerber würden frühzeitige Bürgerbeteiligung im Wahlprogramm versprechen. Dies dürfe nicht nur gesagt, sondern müsse auch umgesetzt werden.

Bürgermeister Fiedler schlug angesichts der Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt folgenden Beschlussvorschlag vor:
„Eine Transparenzsatzung wird vorläufig nicht eingeführt.“

Herr Stadtverordneter Kohnen beantragte die Abstimmung über folgenden Beschlussvorschlag: „Eine Transparenzsatzung wird nicht eingeführt.“

Bürgermeister Fiedler rief zur Abstimmung über den von Herrn Kohnen geäußerten Beschlussvorschlag auf, da dieser der weitestgehende sei.

Beschlussvorschlag:

Eine Transparenzsatzung wird nicht eingeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	13
Nein:	3
Enthaltung:	3

TOP 5 Resolution des Rates zum Atomkraftwerk Tihange (Belgien) - Antrag der Fraktionen von SPD und Bürgerliste Vorlage: 344/2015

Bürgermeister Fiedler verwies auf den Antrag der Fraktionen von SPD und Bürgerliste.

Herr Stadtverordneter Kravanja erklärte, dass die Verabschiedung der Resolution für die Stadt keine zusätzlichen Kosten bedeute. Das Atomkraftwerk in Tihange befinde sich in der Nähe der Stadt Geilenkirchen und stelle im Fall eines Störfalles eine Gefahr für die Stadt und ihre Einwohner dar. Zwar sei bereits in der Vergangenheit eine Resolution verabschiedet worden, jedoch gebe es Berichten zufolge neue Schäden am Kraftwerk und somit neue Gefahren. Der nun vorliegende Antrag gehe erheblich weiter als die bereits beschlossene Resolution. Die neue Resolution solle nicht nur an die belgische Regierung, sondern auch an die Landesregierung NRW sowie an den Kreis Heinsberg versendet werden. Dadurch solle Druck beim Land und beim Kreis aufgebaut werden. Eine Schließung des Kraftwerks oder zumindest eine Verbesserung des Sicherheitskonzepts solle erreicht werden.

Herr Stadtverordneter Kleinen führte aus, dass die CDU dem Vorschlag folgen werde. Er merkte jedoch an, dass Resolutionen in der Vergangenheit vor der Beratung in Ausschüssen und Rat interfraktionell besprochen worden seien. Dies sei vor Einbringung dieser Resolution nicht geschehen. Im letzten Jahr habe es Berichte über Risse im Kraftwerk gegeben. Ein Katastrophenschutzkonzept für einen Störfall liege weder beim Kreis Heinsberg noch beim Land NRW vor. Auch am heutigen Tag habe die Presse erneut über das Atomkraftwerk berichtet.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass die Fraktionen der SPD und der Bürgerliste in ihrem Beschlussvorschlag die Ausarbeitung und Übermittlung von Katastrophenschutzkonzepten vom Land NRW und dem Kreis Heinsberg fordern.

Herr Stadtverordneter Kasper sprach sich für die Verabschiedung der Resolution aus. Da der Rat nicht die Befugnis zur Fassung eines Beschlusses in dieser Angelegenheit habe, werde eine Resolution verabschiedet. Wenn der Rat häufig Resolutionen verabschiede, bestehe die Gefahr, dass Schaufensterpolitik betrieben und Einfluss vorgegaukelt werde, den der Rat der Stadt Geilenkirchen nicht habe. Resolutionen sollten stets als letztes Mittel dienen und sparsam eingesetzt werden.

Bürgermeister Fiedler machte darauf aufmerksam, dass bereits einige Resolutionen nicht vom Rat beschlossen worden seien. Jedoch hätten sich Resolutionen bewährt.

Beispielsweise hätten mehrere Kommunen Resolutionen gegen Fracking verabschiedet und so Geschlossenheit gezeigt. Die Resolution solle an die belgische Regierung und in Kopie an das Land NRW und den Kreis Heinsberg geschickt werden. Kommunikation und ein Katastrophenschutzkonzept sollten eingefordert werden.

Herr Stadtverordneter Gerads betonte, dass Resolutionen bei ernstesten Themen verabschiedet werden sollten. Bei dem Atomkraftwerk Tihange handele es sich um eine tickende Zeitbombe.

Herr Stadtverordneter Kasper stellte klar, dass er sich für die Verabschiedung dieser Resolution ausspreche. Im Allgemeinen solle jedoch sparsam mit Resolutionen umgegangen werden.

Herr Stadtverordneter Benden erklärte, dass das Atomkraftwerk Tihange die Stadt Geilenkirchen hautnah betreffe auf Grund der Nähe zur Stadt. Auch er merkte an, dass Resolutionen in der Vergangenheit immer interfraktionell abgestimmt worden seien. Eine ähnliche Resolution zum Kraftwerk Tihange sei bereits in den Kreistag von den Fraktionen der Grünen und der SPD eingebracht und verabschiedet worden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung und die Bundesregierung auf, sich für eine unverzügliche und dauerhafte Abschaltung des Kernkraftwerks Tihange einzusetzen und für einen möglichen nuklearen Ernstfall ein bilaterales Abkommen mit Belgien zu vereinbaren. Daneben bitten wir die Landes- bzw. Bundesregierung, euregionale Katastrophenschutzkonzepte zu erarbeiten bzw. zu überarbeiten, um entsprechende Informationen auf nationaler Seite vorhalten zu können. Gleichzeitig appelliert die Stadt Geilenkirchen an die belgische Regierung, die Betriebsgenehmigung für das Kraftwerk Tihange zurückzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 6 Information der Verwaltung über die aktuelle Entwicklung der Haushaltslage (2. Quartal 2015) Vorlage: 828/2015

Frau Stadtverordnete Kals-Deußen berichtete, dass das vom Kreis Heinsberg betriebene Begas Haus in Heinsberg Presseberichten zufolge auf Grund schlechter Kalkulation defizitär laufe. Sie erkundigte sich, ob dieses Defizit über die Kreisumlage finanziert werde.

Bürgermeister Fiedler schilderte, dass am 24.09.2015 ein Treffen der Kämmerer stattfinde, in dem Eckdaten des Kreishaushaltes besprochen werden sollten. Am 30.09.2015 würden sich die Bürgermeister mit dem Kämmerer des Kreises Heinsberg und dem Landrat treffen, um die Eckdaten zu diskutieren. Wahrscheinlich werde der Kreishaushalt nach bisherigen Mitteilungen des Kreises Heinsberg eine Steigerung um 10 Mio. Euro aufweisen. Dies bedeute für die Stadt Geilenkirchen eine Erhöhung der Kreisumlage um 1 Mio. Euro. Das Defizit des Begas Hauses von 300.000 Euro könne gestreckt werden. Für den städtischen Haushalt gehe von dieser Summe nach Aussage des Herrn Goertz keine Gefahr aus. Die Bürgermeister würden mit dem Kreis darüber sprechen, wie es zu dieser Steigerung um 10 Mio. Euro gekommen sei. Fraglich sei, ob der Kreis diese Mehrausgaben durch Eingriff in seine Rücklagen decken könne.

Herr Stadtverordneter Kleinen machte darauf aufmerksam, dass der Haushalt laut der Vorlage nach dem zweiten Quartal 2015 zwar ein Plus gegenüber der ursprünglichen Planung aufweise, dieses Plus jedoch höchstwahrscheinlich bereits aufgebraucht sei. Die auch in dieser Sitzung beschlossenen Neueinstellungen würden darüber hinaus zusätzliche Kosten verursachen. Daher sollten keine Vorschläge für neue Ausgaben unterbreitet werden.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass es unter anderem auch wegen höherer Flüchtlingszahlen viele Unwägbarkeiten gebe. Die Verwaltung sei der Forderung des Ausschusses zur Abgabe regelmäßiger Berichte nachgekommen. Diese Berichterstattung solle auch in Zukunft weitergeführt werden.

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

TOP 7 Verschiedenes

Frau Stadtverordnete Kals-Deußen berichtete, dass die Verwaltung angeboten habe, auch einzelne sachkundige Bürger auf Antrag der Fraktionen mit Tablet-PCs zu versorgen. Sie erkundigte sich, ob bereits Tablet-PCs an sachkundige Bürger ausgegeben worden seien. Die SPD-Fraktion habe der Verwaltung einige sachkundige Bürger gemeldet, die einen Tablet-PC erhalten sollten.

Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass er bereits erste Vereinbarungen mit sachkundigen Bürgern unterzeichnet habe.

Nach diesem Tagesordnungspunkt beendete Bürgermeister Fiedler den öffentlichen Teil der Sitzung. Er dankte der Öffentlichkeit für das Interesse und wünschte einen schönen Abend.

Sitzung endet um: 19:53 Uhr

Vorsitzender



Bürgermeister
Thomas Fiedler

Schriftführerin



Sandra Schuhmachers